

# Haale-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erstausgabe am Donnerstag, am Sonntag als Beilage. Die Bezugs-Erhöhe beträgt in Stadt und Land jährlich durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 20.00, in den Provinzgebieten monatlich M. 22.00 monatlich. Die abendliche Ausgabe-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 2.00, im auswärtsigen Verkehr M. 2.50. Restanten der Millimeter-Zeile M. 0.60 im Ortsverkehr und M. 0.80 im auswärtsigen Verkehr. Anzeigen-Schluss: zehn Uhr vormittags.

Bezugs-Erhöhe: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Poststraße 17. Fernsprecher-Nummern: Central-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Verlags-Büro: Markt 24. Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle'sche“. Druck-Verlag: „Halle'sche Druckerei“. Halle a. S., Postfach-Numm. Leipzig 22215. Erschließungsort und -Verlag: Halle a. S., Postfach-Numm. Leipzig 22215. Erschließungsort und -Verlag: Halle a. S., Postfach-Numm. Leipzig 22215. Erschließungsort und -Verlag: Halle a. S., Postfach-Numm. Leipzig 22215.

### Verdoppelung des Brotpreises.

#### Eine Regierungserklärung zur künftigen Getreideversorgung — Auflösung der Abstimmungs-polizei in Oberschlesien — Aufforderung an die Vertriebenen zur Rückkehr.

#### Die Brotkarte bleibt!

Ausschluss der vermögenden Schichten. — An-näherung an den marktfreien Preis.

Berlin, 17. Juni. Die gestern vom Reichsrat angenommene Vorlage der Getreideumlage ist heute dem Reichstag zugegangen. Ueber die Ausführungen der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen bezüglich des Kreisels der versorgungsberechtigten Bevölkerung durch Ausschluß der vermögenden Bevölkerungsteile steht Endgültiges noch nicht fest. Es sind darüber Verhandlungen mit den verschiedenen Gruppen vorgehen. Die grundsätzliche Entscheidung ist dem Ernährungs- und Finanzministerium unter Zustimmung des Reichsrates vorbehalten. Es besteht keinesfalls die Absicht, einem größeren Teil der Bevölkerung die Brotkarte vorzuentziehen. Auch bei einem Ausschluß von nur 5-10 Prozent der Bevölkerung würden sich schon Ersparnisse von mehreren Milliarden Mark ergeben. Zweckellos ist die Erhebung der Umlage gegenüber den Vorjahren mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein. Wohl ist fest zu stellen, daß im neuen Wirtschaftsjahr eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Reichsgetreidekasse eintritt. Eine erhebliche Annäherung des Preises des Marktbrottes und des freien Brotes wird nicht zu erwarten sein. Demgegenüber wird zuzunehmendermaßen darauf hingewiesen, daß die Umlage nicht nur der Herabminderung, sondern auch vor allem der Einhaltung eines einigermaßen stabilen Preises sowie der Sicherstellung der Brotversorgung überhaupt dienen soll.

Der Gesetzentwurf über die Getreideumlage ist dem Reichstag zugegangen.

Dazu wird von z. B. d. d. i. g. e. r. Seite erklärt: Das Inlandgetreide deckt unseren Bedarf nicht. Auslandgetreide kommt durch den freien Handel nicht in genügender Menge herein. Durch Angebot und Nachfrage ist der Bedarf nicht zu regeln. Die Landwirtschaft glaubt, auf freiem Wege zu dem notwendigen Mengen an Inlandgetreide kommen zu können. Die Regierung glaubt dies nicht. Die Landwirtschaft wollte 2 Millionen Tonnen zum freien Marktpreis der Regierung zur Verfügung stellen. Dazu müßte die Landwirtschaft eine neue Organisation schaffen. Das wäre ein Experiment. Durch eine derartige Maßnahme werde der Preis außerordentlich getrieben werden, zeitweise vielleicht über den Weltmarktpreis. Der Preis des Auslandgetreides liegt natürlich über dem des Inlandgetreides. Da wir aber in diesem Jahre auf Befehl der Entente Zulassungen für den Ausgleich der Preise nicht bekommen können, müssen wir den ganzen Eingang an Getreide vom Inlande und Auslande zusammenwerfen. Darin liegt preismäßig eine Härte für die Landwirtschaft, die nach Möglichkeit ausgeglichen werden soll. Das Opfer aber muß von der Landwirtschaft im Interesse des Vaterlandes gebracht werden, so daß eine so große Differenz zwischen Inlande und freiem Preise nicht wieder entsteht wie im Vorjahre. Die weitgehende Mitwirkung der Landwirtschaft bei den Verteilungsmaßnahmen ist vorgesehen. Brotkarten sollen an solche nicht mehr ausgegeben werden, die durch ein erhebliches Einkommen und Vermögen nicht darauf angewiesen sind. Eine endgültige Entscheidung darüber liegt noch nicht vor; doch würde dadurch auf alle Fälle eine wesentliche Minderung des einflussreichen Auslandgetreides herbeigeführt werden. Eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises der Reichsgetreidekasse muß eintreten, so daß der Brotpreis sich etwa auf das Doppelte erhöhen dürfte. Das wesentlichste in der Brotversorgung sei nicht die Billigkeit, sondern die Sicherung der Versorgung. Die Eintreibung der Umlage werde sich in diesem Jahre bedeutend schwieriger gestalten als im vorigen. Die Regierung denkt, daß die Landwirtschaft sich dem Gesetz gegenüber anders stellen werde als dem Gesetzentwurf, zumal man ihr im Punkte des Preises entgegenkommt.

#### Zur Interpellation über die Getreideumlage.

Berlin, 17. Juni. Die unabhängig-sozialistische Interpellation über die Stellung der Landwirtschaft zur Getreideumlage wird, wie ein Regierungsvortrag berichtet, im Reichstag in der nächsten Woche beantwortet werden.

#### Provinzial-Autonomie.

Wahrung der kulturellen Eigenart. Die Vorbereitungen für das Gesetz über die sog. Provinzialautonomie haben im Staatsministerium jetzt zur Feststellung einer Gesetzesvorlage geführt. Der Entwurf sieht für alle deutschen Provinzen und damit auch Oberschlesien

eine weitgehende Berücksichtigung der Selbstständigkeitswünsche der Provinzen, insbesondere auf dem Gebiete der kulturellen Sonderart, vor. Der Entwurf wird in kürzester Frist veröffentlicht werden.

#### Der Tragödie letzter Akt.

Einräden der polnischen Polizei.

Kattowitz, 17. Juni. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet, ist heute früh vom Regierungspräsidenten in Oppeln ein Telegramm eingetroffen, wonach die hiesige Polizei sofort aufzulösen sei. Daraufhin wurde die blaue Polizei nach und nach von den Straßen zurückgezogen und ebenso wie die Kriminalpolizei entlassen. Die amtlichen Ausweise wurden ihnen abgenommen. Die nicht in polnische Dienste über-tretende Beamten werden morgen abgelöst und haben bis Sonnabend Mitternacht das Abstimmungsgebiet zu verlassen und sich dem Breslauer Polizeipräsidium zur Verfügung zu stellen, von wo aus ein Teil nach dem Abzug der internationalen Truppen nach Deutsch-Oberschlesien zurückkehren wird. Vorausschicklicher Polizeipräsident für Kattowitz ist Dr. Wilsner. Die polnischen Polizeibeamten sind zum größten Teil bereits eingetroffen, so daß von morgen früh ab die Stadt der polnischen Polizei untersteht.

Kattowitz, 17. Juni. Der Einzug der polnischen Truppen in Kattowitz wurde auf den 20. Juni festgesetzt.

#### Abzug der Italiener.

Breslau, 17. Juni. Heute früh ist in Kreuzburg die ober-schlesische Abstimmungs-polizei aufgelöst worden. Wegen ver-lassen die in Kreuzburg liegenden 670 Italiener die Stadt. Um 10 Uhr vormittags findet der Flaggenwechsel statt und damit übernimmt die deutsche Regierung wieder die Regierungsgewalt in diesem Kreis.

Der preussische Wunsch, die Abstimmungs-polizeibeamten sofort als Polizeibeamte zu verwenden, ist abgelehnt worden; doch werden diejenigen Mitglieder der Abstimmungs-polizei, die sich bei der Schutzpolizei melden, aufgenommen. Wir haben das Recht, so viel Polizei dort zu halten wie 1913.

#### Rückkehr der Verjagten.

Die deutsche und die polnische Regierung gegen den Terror.

Berlin, 17. Juni. Der deutsche und polnische Bevollmächtigte für die Verhandlungen über die Uebergänge in ober-schlesischen Abstimmungsgebiet veröffentlicht folgende Erklärung: Seitens der deutschen und der polnischen Regierung werden die Gewalt-tätigkeiten, die in letzter Zeit in Oberschlesien mit dem Ziel be-gangen worden sind, einen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung von ihrem Wohnsitz zu verjagen, auf das Schärfste verurteilt. Diese Gewalttätigkeiten erscheinen uns so mehr verwerflich und zwecklos, als beide Regierungen die Absicht haben, sobald sie die Verwaltung der ihnen zugesprochenen Gebiete übernehmen, den Verjagten die Rückkehr zu ermöglichen und dafür zu sorgen, daß sie in ihren Wohnsitz wiederkommen.

#### Deutsch-polnische Amnestie-Verhandlungen.

Wellungen aus Oberschlesien bezogen, daß zwischen Berlin und Berlin Verhandlungen über eine gleichzeitige Amnestie schweben. Diese Werbung entspricht nur inwieweit den Tatsachen, als allerdings Verhandlungen über eine zu gewöhnliche Amnestie zwischen dem deutschen Vertreter Gierard und dem polnischen Vertreter in Doppel geführt werden.

#### Zur Abwehr deutscher Waren.

Vom Finanzminister Ranaba wurden im vorigen Unterhaus erhebliche Änderungen an den Tarifvorschriften der Regierung angekündigt. Dem Druck der Produzenten nach-gehend, die eine Uebergewinnung Kanabas mit deutschen Waren voraussetzen, schlägt der Finanzminister vor, daß der für die Berechnung der Zölle in Betracht zu ziehende Wert der Waren nicht geringer sein soll als der Wert ähnlicher in dem Vereinigten Königreich erzeugter Waren. Wenn ähnliche Waren im Vereinigten Königreich nicht erzeugt werden, so soll der für die Berechnung des Zolles in Betracht zu ziehende Wert nicht geringer sein als der Wert ähnlicher Waren, die aus irgend einem europäischen Lande eingeführt werden, dessen Valuta sich nicht wesentlich schwächer hat. Ferner wird aus Spanien (Mitalien) gemeldet: Der Staat hat nun einen Antrag vorzulegen, der verlangt, daß in deutschen Waren nicht gehandelt werden dürfe. Andererseits wurde eine Tagesordnung, die mit Absichten die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland bezweckt, bei einer im Staatshaus auf Anregung der Vereinigung verfas-selter und verlegter Krieger und Soldatenfrauen und -Witwen abgehaltenen Versammlung angenommen.

### Wirtschaftsmetaphysik.

Im „Manchester Guardian“, der seit einiger Zeit unter der Leitung des englischen Wirtschaftspolitikers John Maynard Keynes Sondernummern mit Beiträgen der verschiede-nen Wirtschaftsautoritäten aus aller Herren Länder her-ausgibt, findet man jetzt auch einen Artikel von Gabriel Hanotau, dem früheren französischen Außenminister, der die Ueberschrift „Wirtschaftsmetaphysik“ trägt und das ganze Weltwirtschaftsproblem vom Gesichtspunkt des Gefühls-politikers aus betrachtet. Der „persönliche Koeffizient“, das „Interesse der Händler und Spekulanten“ scheint ihm in der Krise der Mark und des Rubels das Ausschlaggebende zu sein, und er meint, wer die Mark heute bessere, werde den Marktfaktoren reichmachen, ohne das Krisenproblem zu lösen. Die Wissenschaft mag errechnen, daß durch die Besserung der Mark und des Rubels die Welt von ihren wirtschaftlichen Leiden erlöst wird, nach Hanotau's Ansicht braucht sie des-halb nicht zu glauben, daß sie mit Hypothesen, die „nur um hoher Diodenden willen“ erwünscht wird, das eigentliche auch von eigentlichen Kräften angetriebene wirtschaftliche Leben seine Notwendigkeit würde beherrsigen können. Die schein-bare Strenge der Zahlen ist nach Meinung dieses Franzosen mit ebensolcher Vorsicht zu behandeln, wie jeder rein intellektuelle Entschluß überhaupt; die Menschheit wäre nicht nur von der Befriedigung ihrer Bedürfnisse, sondern auch durch ihre Leidenschaft und Laune geteilt.

Wahrheit ist aus den nächsten Rechenexemplen der Wirt-schaftler traut Hanotau der Gewalt des Gefühls zu, und erzählt er von dem Bürgermeister eines zerstörten Städtchens im Kriegsgebiet, der zwar ein tüchtiger Bauer und Arbeitsmensch sein soll, aber trotzdem immer noch im Keller seines zerstörten Hauses wohnt und nicht daran denkt, seinen angeblieben Willen zur Tat wirkliche Tat werden zu lassen. Die Welt ist nach Hanotau folgende Mischung von den schönen Reden dieser Herren liebe ich seit Jahren in meinem Keller. Sie müssen das an Herrn Keynes schreiben, er sollte mich einmal besuchen. Ich werde ihn gährfrohlich aufnehmen und er kann dann sein Los mit dem meinigen vergleichen. Dieser Mann, so schilbert Hanotau sein Seelen-leben, „weiß, daß Deutschland sich wieder aufrichten hat, daß es durch seine aufblühenden Verdienste und durch seine wiedererlangene Kontinuität die tatträftigsten Völ-ker der Welt erschreckt. Das hört ihn und infolge dessen ver-langt er, Deutschland müsse zahlen, weil Deutschland unter-schrieben hat. Dieser Mann läßt sich durch seine Wirtschaftshypothese von diesem Gefühl abbringen, kein Rechenmeister wird dieses Gefühl in das Soll und Haben seiner Rechnung einstellen können. Hanotau steht deshalb wohl auch mit Recht in der Meinung dieses Mannes die Gewinnung des Durchschnittsfranzosen, dessen Triebfeder weniger die wirtschaftliche Kombination, als vielmehr das „Ehrgefühl“ sei. Und er knüpft daran die Vorausage, daß dieses französische Ehrgefühl sich eines Tages allen Berechnungen zum Trotz nicht mehr werden halten lassen. Die heu-tige Politik müsse zugeben, daß die wirtschaftliche Wert-erlegung allein nicht die wichtigste Triebfeder der Handlungen sei. Die große Schwäche der Wirtschaftsmetaphysik sei ihre Seelenlosigkeit, denn ohne Seele sei keine Menschheit.

Man kann sich denken, mit welcher blühender Wortkunst der Franzose diese Anschauungen vortrug und wie er sich bemüht, die Politik, d. h. seine Politik, die französische Politik, mit „Seelen“ zu erfüllen. Die zerstörten Gebiete in Frank-reich bilden ein unerlöschliches Reservoir für diese Gefühls-stimmungen. Wer mit seinen Gefühlen lieber im Keller sitzen bleibt und sich verbeißt in absolut falsche Vorstellungen von der wirtschaftlichen Bilanz der deutschen Wirtschaft, der wird natürlich niemals imstande sein, sein Haus wieder auf-zurichten. Das französische Volk wird niemals die Wieder-herstellung der Kriegsrainen erleben, wenn es so plan-mäßig und so einflusslos dem ersten Wieder-aufbauwilligen Europas widerstrebt. Wer die Bilanz der deutschen Wirtschaft an schwindelerregenden Papiermarktziffern mißt, und nicht an der zerbrochenen und verelendeten Lebenshaltung der Massen, der wird niemals ein klares Bild von der Leistungsfähigkeit Deutschlands ge-winnen. Aber trotz dieser notorischen Verfälscherung der deutschen Wirtschaftslage gegen die vor dem Kriege ist von allen deutschen Regierungen, die wir seit Kriegesende hatten, verurteilt worden, sich durch die Tat am Wiederaufbau des zer-störten Gebietes zu beteiligen. Aber alle Denkschriften und alle Pläne, alle Vorstöße der Regierung und herrortragen-den Privatpersonen sind in Paris unbedenklich geblieben. Wenn das „Ehrgefühl“ der Franzosen darin beruht, seine zer-störten Gebiete als Antriebsmittel zur Durchführung eines imperialistischen Politik zu benutzen, so wird es die heutige Generation nicht erleben, daß neues Leben aus jenen Ruinen blüht. Der Franzose des zerstörten Gebietes muß mit seinen Gefühlen im Keller sitzen bleiben, denn wenn er wüßte, daß



